

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Petitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarife 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 273.

Dresden, Dienstag den 25. November 1913.

24. Jahrg.

## Auf zur Wahl!

Morgen Mittwoch und Donnerstag sind die Stadtverordneten = Wahlen!

Arbeiter, Genossen! Sorgt für starke Wahlbeteiligung!

Gewählt wird von 10 bis 4 Uhr. Am Mittwoch wählt die 2. Altersklasse, am Donnerstag die 1. Altersklasse.

### Berchtolds Beichte und Ferdinands Unglück.

(Von unserem Korrespondenten.)

th. Wien, 23. November.

In diesem hat Graf Berchtold Recht, nur darin ist er ein Glückseliger, daß er sein verschuldetes und unverschuldetes Recht nicht vor den Delegationen beichten darf. Garmisch konnte keine Phantastie einen Vertretungskörper ernennen, als es diese Vertretungen der Parlamente sind, durch die der Doppelstaat seine gemeinsamen Geschäfte befragt. Da sitzen neben 40 Vertretern der beiden Abgeordnetenhäuser 20 aus den Oberhäusern. Seitens tagen die ungarische und österreichische Delegation und schon die zweimalige Wiederholung derselben Reden und Debatten über vielmehr die viermalige in den Ausschüssen und Kommissionen löst zuletzt alles in wohlthätige Langeweile auf. Und gegen das Kernebleib die gemeinsame Regierung immer geschäftigt; die Mehrheit ist ihr Dank den Oberhäusern am Ende sicher.

Vor diese würdige Körperschaft, die nun doch wieder die einzige ist, die an der äußeren Politik und am Kriegswesen Kritik üben kann, treten dann die Minister des Neuen und lesen ihre trockenen Satzschriften vor. Kalender rüchschau hat man diese Art von Reden über äußere Politik genannt. Und eine Kalenderrückschau, dürftig, schlecht geschrieben, wimmelförmig und lächerlich Fremdwörter, hat auch Berchtold zutage gefördert, obwohl er ein Jahr voll Erklärungen, Gefahren und grenzenloser Verluste zu erklären und zu rechtfertigen hatte. Der Empfang war kühl bei den Ungarn wie bei den Oesterreichern. Es steht aber zu vermuten, daß dies unserem Grafen nicht allzuwider aus der Seele fallen wird. Auch er darf seine Feinde loben, die Freunde. Denn er hat Kritiker rechts und links, und wenn ihm die Kritiker links, zumal die Sozialdemokraten, unangenehm werden könnten, weil sie die Erfolglosigkeit seiner kostspieligen Politik nachweisen, so werden umgekehrt die Kritiker rechts ihm treu bleiben, denn neben ihrer Vorliebe, die noch immer träumt, Oesterreich hätte den Weg nach Colonien sich freimachen können, erhebt sich selbst der trübe Nebel der Berchtoldischen Mobilisierungsdiplomatie zu klarem Weisheit.

Schlimmer ist für ihn, daß sich jetzt die Ereignisse gegen seine Politik verschärfen. Die bulgarische Freundschaft war seine letzte Karte und gerade in Bulgarien bereitet sich jetzt die schwerste Niederlage vor. Die Neuwahlen bringen eine große Ueberwältigung. Die russophile Partei und ihr Haupt Danew sind belastet mit der furchtbaren Verantwortung der Niederlage. An Danew's Namen knüpft sich die Erinnerung der Schmach. Aber Danew ebenso wie Tschadow, der Führer der Geschowiten, haben so große Wahlerfolge auf dem Lande errungen, daß ihnen eine starke Widerwehr sicher ist und daß damit der Mehrheit — falls sie diese nicht noch selbst erringen — eine österreichische Politik unmöglich gemacht werden wird. Schon diese Auferstehung der Russophilen wäre ein harter Schlag. Die rumänische Freundschaft hat Berchtold dem Gedanken geopfert. Bulgarien zum Mittelpunkt eines gegenwärtigen Systems zu gestalten, um zu erfahren, daß im bulgarischen Bauer die slavischen Sympathien unauferrobbbar tief stehen. Allein ein weit Bergeres scheint sich vorzubereiten.

Seit längerer Zeit weiß Ferdinand in Wien. Man meinte zuerst, es gelte Verhandlungen mit Oesterreich und Deutschland. Allein er hält sich verborgen in dem Palais seiner Familie, niemand zugänglich. Augenscheinlich hat er hier Zuflucht gesucht vor Stürmen, die seine feine Witterung in Bulgarien heraufziehen süßt. Schon reibt ein Gerücht von seiner Abdankung zugunsten des Sohnes Boris. Aber diesen, der sich wie ein Regent in Sofia benommen haben soll, läßt ein zweites Gerücht sich gleichfalls gestrichelt haben. Es geht also der Dynastie an den Kragen, und auf dem Balkan sind schon um geringerer Dinge willen Throne gefährdet. Mitschuldig ist doch der König gewiß. Es heißt aber, Danew und der besiegte Generalissimus Sawow laden in durchsichtigen Andeutungen die Anklage auf den König. Variet, russische und Wiener Blätter erzählen den Vorgang so, daß es Ferdinand gewesen sei, der Sawow befohlen habe,

die Offensiv gegen die Serben zu eröffnen, und als Sawow dem Auftrag widerstrebe, habe er ihm den Befehl schriftlich gegeben. Wie sich das wirklich verhält, wie unter den drei leitenden Männern die Schuld sich verteilt, wissen wir nicht, wohl aber ist mit den Händen zu greifen, daß für Ferdinand die größte Gefahr gerade darin besteht, daß er der Freundschaft Oesterreichs bezichtigt werden kann. Und das sollte doch den Mindesten in Wien die Augen öffnen über die Möglichkeiten einer ausgreifenden Bedormungspolitik auf dem Balkan. Wenn es nicht möglich war, Bulgarien zu gewinnen, trotz der größten Opfer, trotz der Preisgabe der rumänischen Freundschaft, wenn Danew als wirksamsten und am besten geglaubten Beweisgrund für seine Unschuld die Darstellung verbriet, Oesterreich-Ungarn habe Bulgarien durch falsche Vorpiegelungen in den Abgrund gelockt, dann wird man doch endlich erkennen müssen, daß Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan andere als handelspolitische Ziele nicht verfolgen darf.

### Die Wahl in Newyork.

(Von unserem Korrespondenten.)

tr. Newyork, 5. November.

Mit dem überwältigenden Siege einer bürgerlich-ehrbaren Koalition über Tammany Hall hat gestern eine tiefergehende, wenn auch mehr instinktive Volksbewegung ein Strafgericht über diese mehr als hundertjährige Organisation freiweltlicher Parteipolitiker in Stadt und Staat Newyork gehalten, die seit der Zeit ihres Bestehens fast ununterbrochen diese reiche Stadt der neuen Welt brandstiftete. Mit der Rekord-Mehrheit von gut 120 000 Stimmen — bei rund 600 000 insgesamt abgegebenen Stimmen — wurde der erst im 34. Lebensjahre stehende bisherige Zolldirektor und frühere Stadtratpräsident John F. Michael zum Bürgermeister der Indian-Metropole gewählt. Eine noch heftiger erlebte Beute entging dem „Tiger“ — die Tammany Society führt immer noch, und mit Zug, das Raubtier, das ihren Gründern feinerzeit von einem Indianerhündling verehrt wurde, im Wappens — mit dem städtischen Verwaltungsrat. Diese iunderbare Bezeichnung hat die deutsche Presse Newyorks für den „Board of Estimate“ geprägt, der tatsächlich eine Art selbständigen Budgetrats ist und sich aus dem Bürgermeister, dem städtischen Schatzmeister — „Comptroller“ — dem Stadtratpräsidenten und den fünf Borough-Präsidenten“, das heißt den Bezirksvorstehern oder Vize-Bürgermeistern von Manhattan (Alt-Newyork), Brooklyn, Bronx, Queens und Richmond zusammensetzt. (Die einzelnen Boroughs haben weitgehende Selbstverwaltungsrechte, und die Borough-Präsidenten von Manhattan und Brooklyn stehen an der Spitze von Millionenstädten innerhalb des Verbandes von Groß-Newyork.) Die drei leitenden Beamten der allgemeinen Stadtverwaltung haben im Budgetrat je drei Stimmen, die beiden letztgenannten Borough-Präsidenten je zwei und ihre kleineren Kollegen je eine. Diese Körperschaft, die über die städtischen Gelder verfügt und daher bei den aller vier Jahre wiederkehrenden Wahlhalbjahren der als politische Parteien organisierten Parteimehrheiten das Stimmzentrum bildet, ist tatsächlich der herrschende Faktor in der Stadtverwaltung, wenn sie auch bei ihren Beschlüssen an die Zustimmung der Stadtverordneten gebunden und bis zu einem gewissen Grade von der Vetogewalt des Bürgermeisters abhängig ist. Tammany hatte diesmal geglaubt, seine stärksten Männer ins Feld gestellt zu haben, sollte doch mit der Herrschaft über den Verwaltungsrat, die den „Tammany-Braven“ Anno 1909 entrissen worden war, auch die Verfügung über die städtischen Kassen zurückgewonnen werden. Newyork ist eben eine reiche Welt, bleibt doch der Budget-Voranschlag für das nächste Jahr nur knapp hinter 200 Mill. Dollar zurück und ist doch bereits die Kontraktvergebung für die neuen Tiefbahnen im Gange, die gegen 300 Mill. Dollar (fast ebenso viel wie der Panamakanal) kosten und so herrliche Gelegenheiten zu Bereicherungen bieten.

Tammany hatte dabei mit einer „Juston“ seiner bürgerlichen Gegner zu tun, die früh aufgestanden waren und schon im März ein gemeinschaftliches Nominations-Komitee ge-

bildet hatten, das am 1. August mit seinem Kandidatenzettel herauskam. Mit der Einigung der bürgerlichen Anti-Tammany-Kräfte war eine der beiden Bedingungen erfüllt, von denen die Chance eines Sieges über die mächtige Tammany-Organisation immer abhängig ist, und die andere lieferte Tammany selber in Gestalt der obligaten Skandalgeschichten, die, ohne daß sie den Newyorker über das Wesen dieser Raubrittertypen etwas Neues sagen, doch geeignet sind, die Massen aus ihrer moralischen Indifferenz aufzurütteln. Tammany war schlau genug gewesen, den reichen Polizei-Skandal, den die Ermordung des Spielhölle-Wirtes Roenthal im vorigen Jahre aufrollte, unschädlich zu machen, indem es die Wieder-nominierung des Staatsanwalts Whitman für sein altes Amt betrieb. Whitman hatte geglaubt, sich mit seiner Enthüllung der Polizeiskurkerei die Bürgermeister-Kandidatur der Fusionsparteien zu verdienen und hatte bereits in demagogischer Berechnung eine fürchterliche Verfolgung der tammanyitischen Hintermänner der Polizeikorrumpion angekündigt. Indem Tammany die Kandidatur Whitmans übernahm, hat es dem Namen so vollständig den Mund gestopft, daß er seinen Fusionfreunden den Schmerz antat, zu erklären, die Polizeifrage sei keine brauchbare Wahlparole mehr. Dann oder wurde Tammany von seiner instinktiven politischen Schlaubeit verlassen. Seine Peinigung, den — inzwischen auf hoher See verstorbenen — Honor Gannon wieder zu nominieren, der nicht nur in der lauberkeliebenden Geschäftswelt, sondern vor allem auch in dem zumeist fremdgeborenen Proletariat und Kleinbürgertum der Städte starke Sympathien genoh, war Tammanys erster Fehler, der aber, nachdem ihm dieser Mortimer so gelegen hat, vielleicht ungeschädlich geblieben wäre. Dann aber folgte die durch den rache- und herrschsüchtigen Tammany-Voh Kurbus betriebe Abhebung des Gouverneurs William Sulzer, der in den gleichen Kreisen nicht minder gut angefahren war und in den die Masse geradezu fanatisch Partei nahm. Der erst vor drei Wochen wegen Unterschlagung von Wahlgeldern und Weineids schändlich seines Amtes entsetzte „Volkstribun“ wurde gestern mit erdrückender Mehrheit als Landtagsabgeordneter nach Albany zurückbefördert, und er wird dort eine um so größere Rolle spielen dürfen, als Tammany auch die Mehrheit im Landtage verloren hat.

Außerhalb der Stadt Newyork wurden, soweit überhaupt noch Demokraten durchdrangen, nur Sulzer-Freunde gewählt! In der Metropole bestand die Wahlbewegung auf bürgerlicher Seite durchaus in nichts anderem, als daß die kandidierenden Gesellschaften sich um die Wette zuchthauswürdige Verbrechen nachwiegen und mit Faustkämpfen und Rindgerichten drohten. Ernste Fragen des Volkswohls und hollends Arbeiterfragen schieden völlig aus, und nur das sozialistische Wahlprogramm enthielt überhaupt konkrete Arbeiterforderungen. Unsere Kandidaten erzielten ungefähr 75 000 Stimmen, fast ebensoviel, wie unser Gouverneurs-Kandidat im vorigen Jahre, (Lokalwahlen zeigen hier sonst einen wesentlichen Rückgang gegen vorausgegangene allgemeine Wahlen) jedoch das Dreifache der Stimmenzahl, die unsere Genossen bei den städtischen Wahlen von 1909 erzielten.

### Sie drohen mit dem Kadi!

Unser Aufruf zur Stadtverordnetenwahl, den wir am Sonnabend brachten, scheint der Rathausmehrheit mächtig auf die Nerven gefallen zu sein. Das Amtsblatt und die Dresdner Nachrichten stürzen in ihren heutigen Morgenausgaben wutentbrannt darüber her. Die Nachrichten suchen mit allerlei Aus- und Nebenreberlei unsere tatsächlichen Angaben zu entkräften. Der Dresdner Anzeiger verzichtet auch darauf, wahrscheinlich das Kuyflose eines solchen Beginns einschend, desto mehr versucht er es mit einem Bluff. Unter der großen Ueberschrift: Bist im Wahlkampf, schreibt das Amtsblatt auf der ersten Seite:

Nur in einem Punkte wird sich die Öffentlichkeit noch weiter mit ihm zu beschäftigen haben, nämlich mit folgenden in dem Aufruf enthaltenen Worten: „Stadt-